

Aktuelle Umfrage sieht Mehrheit für „kooperativen Naturschutz“

Düsseldorf, 27. Mai 2016 – Die Mehrheit der Deutschen spricht sich für Naturschutz aus, sofern die entsprechende Gesetzesvorhaben mit den betroffenen Landwirten und Waldbauern gemeinsam erarbeitet und beschlossen werden. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut YouGov jetzt im Auftrag der Familienbetriebe Land und Forst NRW (vormalig: Grundbesitzerverband) durchgeführt hat. Anlass für die Studie ist die geplante Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes durch die rot-grüne Landesregierung NRW.

Drei Viertel der Befragten haben Verständnis für die Sorgen der betroffenen Landbevölkerung über die aus ihrer Sicht massiven Einschränkungen, die der grüne Umweltminister Johannes Remmel mit dem neuen Landesnaturschutzgesetz plant. Sie befürworteten gleichzeitig, dass die Betroffenen bei Gesetzesänderungen mit einbezogen werden. Unvermeidbare Eingriffe in Eigentumsrechte sollen nach Ansicht von 59 % der Befragten fair entschädigt werden. Lediglich 20 % der Befragten befürworten die Pläne der Landesregierung NRW, der öffentlichen Hand zugunsten von Stiftungen und privaten Initiativen in Zukunft ein Vorkaufsrecht für bestimmte Flächen zur Verfügung zu stellen. 56 % der Befragten sind hingegen dafür, dass Landwirte und Waldbauern auch künftig ein Vorkaufsrecht behalten.

„Die Umfrageergebnisse zeigen, dass es weit über die unmittelbar Betroffenen hinaus einen breiten Rückhalt für unsere Forderungen gibt“, sagte Max von Elverfeldt, Vorsitzender Familienbetriebe Land und Forst NRW. Viele Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie des ländlichen Raums aus Nordrhein-Westfalen haben sich bereits kritisch zu den Plänen der rot-grünen Landesregierung geäußert und fordern, dass der Gesetzesentwurf überarbeitet und an die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes angepasst wird. „Die Pläne des Umweltministeriums gehen ohne Not weit über die Regelungen des Bundes hinaus“, so von Elverfeldt.

So plant die Landesregierung das von Seiten des Bundes vorgegebene Ziel, 10 % der Landesfläche als Biotopverbund auszuweisen, in NRW um 50 %, d.h. auf 15 % der Landesfläche, zu erhöhen. Bedenkt man, dass sich allein 67 % des Waldes in NRW in Privatbesitz befinden, ist davon auszugehen, dass der größte Teil der betroffenen Gebiete privates Waldeigentum betreffen wird und private Eigentumsrechte massiv verletzt werden.

„Der grüne Umweltminister Johannes Remmel betreibt eine offene Klientelpolitik für seine Wähler. Die Planungen ignorieren die Sachkunde und funktionierende Praxis der Beteiligten im ländlichen Raum und würden sich letztlich negativ auf Ziele des Naturschutzes auswirken. Dieser Herangehensweise wollen wir entschieden entgentreten“, so Max von Elverfeldt.

Alle Daten, soweit nicht anders angegeben, sind von der YouGov Deutschland GmbH bereitgestellt. An der Befragung zwischen dem 20.5. und dem 23.5.2016 nahmen in Deutschland 1.997 Personen teil, darunter 431 aus NRW. Die Ergebnisse wurden gewichtet und sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung (Alter 18+).